

Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.03.2017
Sitzung des Gemeinderates am 24.03.2017

öffentlich

Sitzungsvorlage 42/2017
Amtliches Mitteilungsblatt;
Redaktionsstatut

Sachverhalt:

Durch die Änderung der Gemeindeordnung wurde § 20 Absatz 3 angefügt. Dieser sieht vor, dass den Fraktionen des Gemeinderates Gelegenheit zu geben ist, ihre Auffassung zu bedeutsamen Angelegenheiten der Gemeinde im Amtsblatt darzulegen.

Die Sicherstellung dieses Rechts macht die Regelung durch ein verbindliches Redaktionsstatut für das Amtsblatt der Gemeinde Nordheim erforderlich.

Eine Gegenüberstellung der wesentlichen Veränderungen ist nicht möglich, da bisher lediglich Richtlinien zur Orientierungshilfe existieren.

In der Anlage 1 ist das Redaktionsstatut abgedruckt. Es orientiert sich am aktuellen Muster des Gemeindetag Baden-Württemberg.

Die wesentlichen Punkte des Redaktionsstatutes sind rot markiert.
Über die grün markierten Regelungen hat der Gemeinderat zu entscheiden.

Beschlussvorschlag:

Das als Anlage 1 beigefügte Redaktionsstatut für das Amtsblatt der Gemeinde Nordheim wird beschlossen.

yl

Gemeinde Nordheim
Landkreis Heilbronn

ENTWURF
REDAKTIONSSTATUT
FÜR DAS AMTSBLATT DER GEMEINDE NORDHEIM

1. Amtsblatt

- 1.1 Die Gemeinde gibt ein eigenes Amtsblatt heraus. Es führt den Titel
Amtliches Mitteilungsblatt der Gemeinde Nordheim mit Ortsteil Nordhausen.
- 1.2 **Das Amtsblatt ist das Veröffentlichungsorgan der Gemeinde und dient im Übrigen der Kommunikation zwischen Gemeindeverwaltung und Bürgern. Es ist nicht Teil der Meinungspress.** Diesem besonderen Charakter des Amtsblattes ist bei allen Veröffentlichungen Rechnung zu tragen, auch im Anzeigenteil.
- 1.3 Das Amtsblatt erscheint wöchentlich und einmal im Monat als Gesamtausgabe für alle Haushalte. Die letzten sieben Ausgaben im Jahr erscheinen alle als Gesamtausgabe. Die genauen Termine für die Gesamtausgaben bestimmt der Verleger.
- 1.4 Das Amtsblatt besteht aus einem amtlichen Teil und einem nichtamtlichen Teil, die zusammen den redaktionellen Teil bilden, sowie aus einem Anzeigenteil. Verantwortlich im Sinne des Presserechts für den redaktionellen Teil ist der Bürgermeister oder dessen Vertreter im Amt, für den Anzeigenteil der Verlag. Unbeschadet dieser presserechtlichen Verantwortung ist für Veröffentlichungen im nichtamtlichen und im Anzeigenteil der jeweilige Verfasser oder Inserent bzw. die Organisation verantwortlich, in deren Namen die Veröffentlichung erfolgt. Der redaktionelle Teil und der Anzeigenteil sind im Amtsblatt zu trennen (z.B. keine Anzeigen im redaktionellen Teil).

2. Inhalt

- 2.1 Im Amtsblatt können nach Maßgabe dieser Richtlinien veröffentlicht werden:
- a) Amtliche Bekanntmachungen, Satzungen und Ausschreibungen der Gemeinde,
 - b) sonstige Verlautbarungen oder Mitteilungen der Gemeinde, ihrer Organe, Einrichtungen und Behörden sowie sonstiger Stellen und öffentlich-rechtlicher Verbände,
 - c) **Beiträge von politischen Parteien, Wählervereinigungen und Fraktionen,**
 - d) Ankündigungen und Berichte von örtlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften, von örtlichen Vereinen und sonstigen örtlichen Organisationen mit nicht erwerbswirtschaftlicher Zielsetzung,
 - e) **Beiträge aus Anlass von Bürgerbegehren**
 - f) Anzeigen
- 2.2 Eine Veröffentlichung von Leserbriefen oder von sonstigen Äußerungen einzelner Personen erfolgt nicht.
- 2.3 Die Reihenfolge des Abdrucks bestimmt der Bürgermeister.

3. Allgemeine Grundsätze

- 3.1 "Ankündigungen" im Sinne dieser Richtlinien sind Hinweise auf künftige Veranstaltungen oder Ereignisse. "Berichte" sind gedrängte Zusammenfassungen von Inhalt und/oder Verlauf stattgefundener Veranstaltungen oder Ereignisse. "Beiträge" sind Ankündigungen, Berichte und sonstige redaktionelle Texte.
- 3.2 Beiträge müssen knapp und sachlich gefasst sein und dürfen keine Angriffe auf Dritte enthalten.
- 3.3 Alle Beiträge für das Amtsblatt und die Homepage der Gemeinde Nordheim sind mit dem Redaktionssystem zu erfassen oder per E-Mail als doc.Datei oder als Schriftstück bei der Gemeindeverwaltung einzureichen.
- 3.4 Redaktionsschluss ist in der Regel Dienstag, 10.00 Uhr. In Wochen mit Feiertagen verschiebt sich der Redaktionsschluss auf den vorausgehenden Werktag. Beiträge, die später eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.
- 3.5 Beiträge im nichtamtlichen Teil dürfen grundsätzlich 1.300 Zeichen pro Ausgabe nicht überschreiten.
- 3.6 Die Seiten 1 und 3 im Amtsblatt erscheinen in Farbdruck.
- 3.7 Sollen Bilder veröffentlicht werden, dann sind die Rechte Dritter zu beachten (Urheberrecht, Persönlichkeitsrecht u. ä.). Insbesondere dürfen Bilder aus dem Internet ohne Zustimmung des Rechtsinhabers nicht heruntergeladen und für die Berichte verwendet werden. Die Zahl der veröffentlichten Bilder ist auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Auf die Veröffentlichung von Bildern besteht kein Anspruch.
- 3.8 Alle Beiträge sind mit dem Namen oder einem Kürzel des Verfassers oder des sonst Verantwortlichen zu versehen.
- 3.9 Beiträge müssen einen örtlichen Bezug haben. Sie sind kurz zu fassen und haben sich auf das Notwendige zu beschränken.
- 3.10 Es besteht kein Rechtsanspruch auf eine Veröffentlichung. Ein Abdruck von Beiträgen kann, auch wenn diese den vorliegenden Richtlinien entsprechen, nur erfolgen, soweit der übliche Umfang des redaktionellen Teils dies zulässt. Der amtliche Teil hat in jedem Fall Vorrang.

4. Redaktionelle Bearbeitung

Beiträge, die gegen das Redaktionsstatut verstoßen oder deren Länge oder Qualität eine Veröffentlichung nicht zulässt (zum Beispiel Rechtschreibung) können, wenn nötig, redaktionell bearbeitet, gekürzt oder nicht zur Veröffentlichung freigegeben werden. In Zweifelsfällen entscheidet der Bürgermeister.

5. Aus den Fraktionen des Gemeinderats

- 5.1 Gemäß § 20 Abs. 3 GemO wird den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen das Recht eingeräumt, ihre Auffassung zu Angelegenheiten der Gemeinde darzulegen. Für diese Veröffentlichungen steht die Rubrik „Aus den Gemeinderatsfraktionen“ zur Verfügung. Zulässig sind nur Themen mit spezifischem Bezug zu örtlichen Angelegenheiten der Gemeinde und ihren Aufgaben.

- 5.2 Jede Fraktion hat die Möglichkeit, einmal im Monat in der Gesamtausgabe einen Beitrag zu veröffentlichen (keine Übertragbarkeit).
- 5.3 Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Fraktionen selbst verantwortlich. Der Name und die Fraktion des Verfassers sind anzugeben.
- 5.4 Um die Chancengleichheit bei Wahlen und die Neutralität der Gemeinde während der Vorwahlzeit zu gewährleisten, erscheint die Rubrik „Aus den Gemeinderatsfraktionen“ innerhalb **drei Monaten vor Wahlen** nicht. Wahlen im Sinne des § 20 III 3 GemO sind Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, gleichgestellt sind Volksentscheide.

6. Politische Parteien und Wählervereinigungen

- 6.1 Veröffentlichungsberechtigt sind zugelassene politische Parteien und Wählervereinigungen, die auf örtlicher Ebene organisiert sind (Ortsverbände). Der Ortsverband muss seinen Sitz in der Gemeinde haben. Auswärtige Ortsvereine sind dann veröffentlichungsberechtigt, wenn die Parteigliederung im Namen darauf hinweist, dass sie auch die hiesige Gemeinde umfasst – etwa durch den Zusatz „und Umgebung“. Diese Voraussetzungen sind auf Verlangen durch Vorlage von Satzung, Statuten o.ä. nachzuweisen.
- 6.2 Zulässig sind:
- a) einmalige Veröffentlichung von personellen Veränderungen bei den örtlichen Funktionsträgern,
 - b) kurze Berichte über Ehrungen Ortsansässiger,
 - c) Veranstaltungshinweise maximal zweimal und nur dann, wenn die Veranstaltung in Nordheim oder Nordhausen bzw. auf Kreisverbands- oder Wahlkreisebene im Landkreis stattfindet.
- Zugelassen ist pro Ausgabe maximal 1 Bild.
- 6.3 Öffnungszeiten bzw. entsprechende Infos zu den Bürgerbüros werden maximal alle 4 Wochen veröffentlicht.
- 6.4 In der letzten Woche vor einer Wahl erfolgen keine Veröffentlichungen (auch keine Anzeigen) von Parteien und politischen Wählervereinigungen.
- 6.5 Kandidiert für eine Kommunalwahl ein Bewerber, der nicht einer Partei angehört oder von einer Partei unterstützt wird, so ist dieser als Partei im Sinne des Redaktionsstatuts zu behandeln, seine Veranstaltungen gelten als Parteiveranstaltungen.

7. Bürgerentscheide

- 7.1 Hat der Gemeinderat einen Bürgerentscheid beschlossen oder die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens festgestellt, können Beiträge im nichtamtlichen Teil nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen veröffentlicht werden.
- 7.2 Unbeschadet der Regelung zu Ziffer 3 stehen den im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen je 2 Seiten pro Bürgerentscheid/Bürgerbegehren zur Verfügung. Dieses Kontingent kann auf mehrere Ausgaben des Mitteilungsblattes verteilt werden.

7.3 Bei einem Bürgerbegehren (§ 21 Abs. 3 Gemeindeordnung) steht dasselbe Recht auch der Initiative zu, die die Durchführung des Bürgerbegehrens veranlasst hat. Über die Zulassung einer evtl. Gegeninitiative entscheidet der Gemeinderat im Einzelfall.

7.4 Für den Inhalt gilt Ziffer 3 entsprechend.

7.5 Die Grundsätze über den zulässigen Inhalt sind auch bei entgeltlichen Anzeigen zu beachten.

8. Kirchen, Vereine und sonstige Organisationen sowie Jahrgänge

8.1 Veröffentlichungen im Amtsblatt können die eigene Öffentlichkeitsarbeit nicht ersetzen. Zulässig sind nur folgende Veröffentlichungen:

- a) Ankündigungen und Berichte
- b) kurze Informationen zu allgemein interessierenden Themen der Vereinsarbeit
- c) Ankündigung von Jahrgangsveranstaltungen

8.2 Die Veröffentlichung von Ankündigungen ist auf maximal zwei Ausgaben pro Ankündigung begrenzt.

8.3 Sollen örtliche Veranstaltungen in Form eines Plakates im Amtsblatt beworben werden, ist dieses der Redaktion als PDF-Datei per E-Mail zuzusenden. Die Veröffentlichung erfolgt zwei Wochen vor der Veranstaltung auf Seite 3 (kann ggf. abweichen) und eine Woche vorher auf Seite 1.

8.4 Für die Veröffentlichung von Bildern berechnet der Verlag 15 € pro Bild.

8.5 Über die Veröffentlichung von auswärtigen Veranstaltungen entscheidet der Bürgermeister.

9. Geltungsumfang

Diese Vorschriften über den zulässigen Inhalt des redaktionellen Teils dürfen nicht über den Anzeigenteil oder über Einlagen in das Amtsblatt umgangen werden.

10. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Gleichzeitig treten frühere Richtlinien außer Kraft.

Nordheim, den 24. März 2017

Schick
Bürgermeister